

# Irland

Nicholas Rees<sup>1</sup>

Irland war in erster Linie daran gelegen, seinen internationalen Ruf wiederherzustellen und die Wirtschaftslage des Landes nach der Rezession der Vorjahre zu stabilisieren. Dazu zählten die Beziehungen zu der Troika aus Internationalem Währungsfonds, Europäischer Union und Europäischer Zentralbank ebenso wie die Förderung der Handelsbeziehungen mit europäischen und internationalen Partnern.<sup>2</sup> Die irische EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Hälfte des Jahres 2013 ermöglichte es der irischen Regierung, sich als starker Befürworter Europas zu präsentieren.<sup>3</sup> Im EU-Ausschuss des irischen Parlaments (Oireachtas) wurde der künftige europapolitische Kurs Irlands debattiert und die Regierung legte im Oktober 2013 einen von ihr beauftragten Bericht über Irlands Außenpolitik vor.<sup>4</sup> Begleitet wurden diese Bemühungen von einem Wiederaufleben der Debatte in den irischen Medien, deren Schlagabtausch der Befürworter und Gegner der europäischen Integration noch aus der Diskussion der irischen EU-Referenden bekannt war.

## Das Ende des Rettungspakets

Die im Februar 2011 gewählte Koalitionsregierung aus Fine Gael und Labour wurde mit dem Regierungschef (Taoiseach) Enda Kenny (Fine Gael) und Eamon Gilmore (Labour) als seinem Stellvertreter (Tánaiste) und Minister für auswärtige Angelegenheiten und Handel an der Spitze fortgeführt.<sup>5</sup> Die Regierung büßte im vergangenen Jahr an Popularität ein, während die größte Oppositionspartei an Beliebtheit gewann und zur stärksten Partei wurde. Im Mai 2014 verkündete Eamon Gilmore seine Absicht, als Tánaiste zurückzutreten und auch den Parteivorsitz aufzugeben. Die Sozialministerin Joan Burton folgte ihm in der irischen Labour-Partei als Vorsitzende und wurde die neue Tánaiste. Nach langwierigen Koalitionsverhandlungen stellte der Taoiseach Anfang Juli 2014 schließlich sein neues Kabinett vor, in dem die neue Labour-Vorsitzende ihrer Partei wichtige Ministerposten (Haushalt, Bildung, Umwelt) sichern konnte. Michael Noonan (Fine Gael) blieb auch nach der Kabinettsumbildung Finanzminister, neuer Minister für auswärtige Angelegenheiten und Handel wurde Charlie Flanagan (Fine Gael).

In der irischen Wirtschaftspolitik gab weiterhin das mit der Troika aus IWF, EU und EZB vereinbarte Rettungspaket den Ton an. Irland war entschlossen, das Haushaltsdefizit zu reduzieren und die Sparmaßnahmen durch Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben und eine Erhöhung der Staatseinnahmen fortzuführen, u.a. sah sie eine Grundsteuer auf Wohneigentum, die Einführung von Wassergebühren, Zweitwohnsitzsteuern sowie eine Renten-

---

1 Übersetzt aus dem Englischen.

2 Vgl. den Bericht des gemeinsamen Ausschusses für Außenbeziehungen und Handel des irischen Parlaments vom Dezember 2013, sowie den Bericht: Ireland's Economic Diplomacy in Action 2013, Department of Foreign Affairs and Trade, April 2014.

3 Vgl. den Beitrag zu Irland im Jahrbuch 2013 zur irischen EU-Präsidentschaft.

4 Vgl. auch die Berichte „One World, One Future“ (Mai 2013), ein Grünbuch zur Verteidigung (2013), „Trading and Investing in a Smart Economy“ (Februar 2014) zur irischen Diaspora-Politik (2014).

5 Vgl. Data Yearbook 2014, Irish Political Studies, Volume 29, No. 3, September 2014.

abgabe vor. Alle diese Maßnahmen haben die Staatseinnahmen erhöht, waren allerdings nicht sonderlich populär. Die Einschnitte im Gesundheitswesen, im Bildungsbereich und bei anderen Sozialleistungen haben starke Reaktionen der Gewerkschaften und einige Streiks provoziert, wobei der Unmut in der Gesellschaft weit geringer war als in anderen EU-Staaten, wie etwa in Frankreich, Spanien oder Italien.

Die öffentliche Frustration mit der Politik der Regierung, der Opposition, der Troika und den Gewerkschaften zeigte sich in einer Umfrage, die im Februar 2013 veröffentlicht wurde: Keinem dieser Akteure wurde eine maßgebliche Rolle bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise zugeschrieben.<sup>6</sup> Eine Umfrage aus dem Dezember 2013 legte offen, dass auch die Einschätzung über die Rolle des Rettungspakets von IWF, EU und EZB zweigeteilt war. Diejenigen, die darin einen positiven Einfluss auf die wirtschaftliche Lage Irlands sahen, waren anteilmäßig gleich groß, wie diejenigen, die einen solchen nicht erkennen konnten.<sup>7</sup> Vorherrschend blieb die Meinung, dass die wirtschaftspolitische Souveränität Irlands durch das Rettungspaket kompromittiert worden war und diese nur durch die Beendigung der vierteljährlichen Kontrollen der Troika wiederhergestellt werden könnte.

Die irischen Bedenken gegenüber dem Rettungspaket wurden von mehreren Seiten aufgegriffen, so äußerte ein ehemaliger Mitarbeiter von Barroso, dass Irland regelrecht dazu gedrängt worden war, die harten Bedingungen des Rettungspakets zu akzeptieren.<sup>8</sup> Der Wirtschafts- und Währungsausschuss des Europäischen Parlaments untersuchte die Rolle der Troika in Griechenland, Irland, Portugal und Zypern und legte dazu im Februar 2014 eine Studie vor. Kritik wurde an dem Vorgehen der internationalen Kreditgeber geäußert sowie auf die Meinungsverschiedenheiten von IWF und Kommission/EZB hingewiesen, wie sie insbesondere im Fall Irlands bestanden haben.<sup>9</sup>

Irland bemühte sich um Zugeständnisse bei den Kosten für das irische Rettungspaket. Der Regierung war zudem daran gelegen, mit der EZB eine Vereinbarung über die irischen Bankenschulden zu erzielen, was ihr schließlich mit der Einigung vom Februar 2013 gelang. Beim Treffen der Eurogruppe im April 2013 in Dublin konnte Irland die Rückzahlung der EFSF-Verpflichtungen um 7 Jahre verlängern. Nachdem der IWF im Oktober 2013 Korrekturen am irischen Haushalt zugestimmt hatte, wendete sich der Taoiseach im Vorfeld des Gipfeltreffens des Europäischen Rats vom 24.-25. Oktober 2013 mit dem Anliegen an seine Amtskollegen, eine Rückkehr Irlands an die Märkte zu ermöglichen und eine Lösung für die Entkopplung von Staats- und Bankenschulden zu finden. Im Oktober 2013 bestand kein Zweifel mehr daran, dass Irland die vereinbarten Zielmarken erreicht hatte.<sup>10</sup> Entsprechend groß war die Erleichterung, als Irland schließlich am 13. Dezember 2013 das Rettungsprogramm beenden konnte. Dies hatte auch zur Folge, dass die Troika dem Land daraufhin nur noch zweimal im Jahr einen Besuch abstattete.

Auch die wirtschaftliche Lage erholte sich seit Mitte 2013. Im September 2013 wurde Irland von der Europäischen Kommission als zweitattraktivstes Land bei der Unternehmerfreundlichkeit gelistet. Im Dezember 2013 fiel die Arbeitslosenquote auf 12,5% und betrug im August 2014 11,5%.<sup>11</sup> Im Jahresverlauf 2014 verbesserte sich die Wirtschaftslage konti-

---

6 Ebd., S. 366.

7 Ebd., S. 369.

8 Benjamin Fox: EU 'Bullied' Ireland into bailout, former Barroso aide says, <http://www.EUobserver.com>, 5. August 2014.

9 Assessing the Troika, Irish Times, 27. Februar 2014.

10 Ireland: Economy, <http://eu2013.ie/Ireland-and-the-presidency-/about-ireland/ireland>.

11 Unemployment rate falls to five-year low of 11.5%, Irish Times, 27. August 2014.

nuiertlich, mit einem BIP-Wachstum von 1,5% im 2. Quartal. Im Mai 2014 prognostizierte die OECD Irland Wachstumsraten von 2,2% für das Jahr 2015. Die OECD warnte davor, dass Irland trotz des Aufschwungs seine Zielmarken bei der Reduzierung des Haushaltsdefizits nicht erreichen werde und mahnte, wie auch der IWF, an, dass Irland an seinen Plänen zur Reduzierung des Haushaltsdefizits festhalten müsse, um die Glaubwürdigkeit des Landes nicht zu untergraben.<sup>12</sup>

### **Europawahlen in Irland und die neue EU-Kommission**

Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden in Irland am 23. Mai 2014 statt. In drei Wahlkreisen wurden die 11 irischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments gewählt. Wie bei den vorangegangenen Wahlen auch, wurde der Wahlkampf von innenpolitischen Themen bestimmt. Das irische Sparprogramm und die Rolle der Troika wurden ebenfalls debattiert. Die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen betrug 52,4%.<sup>13</sup> Fine Gael erzielte mit 4 Europaabgeordneten ein gutes Ergebnis, schnitt allerdings bei den Lokalwahlen schlecht ab und gewann weniger Stimmen als Fianna Fáil. Die Labour-Partei schnitt nicht nur schlecht bei den Lokalwahlen ab, sie wird auch keinen Abgeordneten mehr ins Europäische Parlament senden – in der vorangegangenen Legislaturperiode waren dies noch 3 Abgeordnete. Unmittelbar nach den Wahlen verkündete Parteichef Eamon Gilmore seinen Rücktrittsanschluss. Fianna Fáil gewann trotz guter Umfrageergebnisse nur einen Sitz im Europäischen Parlament, konnte aber bei den Kommunalwahlen gute Ergebnisse erzielen. Die großen Gewinner der Wahlen waren Sinn Féin, mit drei Sitzen, und die Unabhängigen, mit ebenfalls 3 Sitzen. Viele Kommentatoren werteten die Ergebnisse als Protestwahlen, in denen unabhängige Kandidaten wie Ming Flanagan mit Aussagen, dass die EU zu weit ginge, punkten konnten.<sup>14</sup> Auf dem Gipfel des Europäischen Rats im Juni konnte der Taoiseach daher auf ein klares Wählervotum verweisen und erinnerte an die Versprechen der Staats- und Regierungschefs vom Juni 2012 die Banken- und Staatsschulden zu entkoppeln und die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen.<sup>15</sup>

Der Taoiseach unterstützte mit großem Nachdruck die Ernennung von Jean-Claude Juncker zum neuen Präsidenten der Europäischen Kommission. In den irischen Medien wurde viel darüber spekuliert, dass Irland eines der Schlüsselressorts der neuen Kommission für sich wird beanspruchen können, insbesondere nach der erfolgreichen irischen EU-Ratspräsidentschaft und der Beendigung des Rettungsprogramms. Irland nominierte den ehemaligen Umweltminister Phil Hogan (Fine Gael) als Kandidaten für die Kommission. Das ihm von Juncker zugewiesene Portfolio für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung gilt als eines der Schlüsselressorts, um das sich die Regierung aktiv bemüht hatte.

### **Irland und die EU-Außenbeziehungen**

Irland übernahm weiterhin eine aktive Rolle in den EU-Außenbeziehungen. Der Taoiseach und der Minister für auswärtige Angelegenheiten und Handel verfolgten die Interessen Irlands neben bilateralen Beziehungen mit anderen Staaten vor allem auch in EU-Formaten im Rahmen der Vereinten Nationen, der OSZE und dem Europarat.

12 Ireland will miss budget deficit target even with €2bn adjustment, says OECD, Irish Times, 7. Mai 2014; IMF warns against ignoring €2bn, Irish Times, 24. Juni 2014.

13 European Parliament: Results of the 2014 European election, <http://www.results-elections2014.eu/en/country-results-ie-2014.html#table01>.

14 Rise of the Others, Irish Times, 31. Mai 2014.

15 Irish voters have sent you a message, Taoiseach tells EU, Irish Times, 28. Mai 2014.

Irland engagierte sich in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GSVP), wozu auch das Bestreben zählt, die militärischen Fähigkeiten des Landes dahingehend auszubauen, um verstärkt am internationalen Peacekeeping der Vereinten Nationen teilnehmen zu können. Es bleibt ein Anliegen Irlands, die Handlungsfähigkeit der EU im Rahmen der Vereinten Nationen zu verbessern. Ein Vorhaben, dass auf die irische EU-Präsidentschaft im Jahr 2004 zurückgeht. Aktuell beteiligt sich Irland an der EU-Mission in Bosnien-Herzegowina und den EU-Ausbildungsmissionen in Somalia und Mali, an der NATO-Mission im Kosovo und der ISAF-Mission in Afghanistan sowie an UN-Peacekeeping-Missionen. Allerdings beteiligt sich Irland nicht an einer gemeinsamen europäischen Verteidigung, da eine Teilnahme unter Artikel 29.4.9 der irischen Verfassung und mit dem irischen Protokoll zum Vertrag von Lissabon ausgeschlossen ist.

Auch in der irischen Außenpolitik nahm die Ukraine-Krise einen besonders großen Stellenwert ein. Der Tánaiste verurteilte das völkerrechtswidrige Vorgehen Russlands auf der Krim scharf,<sup>16</sup> eine Haltung, die auch vom Taoiseach in seiner Rede im Parlament im Vorfeld des Frühjahrsgipfels des Europäischen Rats bekräftigt wurde. Irland engagierte sich aktiv in den unterschiedlichen EU-Gremien, um zu einer Deeskalation der Krise und friedlichen Konfliktlösung beizutragen. Es beteiligte sich an der Wahlbeobachtungsmission der OSZE bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 2014 und an den OSZE-Monitoringmissionen.

Die Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten bildeten einen weiteren Schwerpunkt der irischen Außenpolitik. Irland bemühte sich um eine Verbesserung der Situation für die Palästinenser, unterstützte die Bildung eines palästinensischen Staats und begrüßte die neue palästinensische Einheitsregierung im Juni 2014.<sup>17</sup> Auch im Rahmen des irischen Vorsitzes des UN-Menschenrechtsrats (2013-2015) setzte es sich für diese Fragen ein, enthielt sich allerdings im Juli 2014 einer Resolution zu Palästina, die eine Untersuchungskommission forderte, welche von der Regierung für problematisch und nicht effektiv erachtet wurde.<sup>18</sup> Irland unterstützte die UN-Resolution 2139 zu Syrien, die ein Ende der Gewalt und den Zugang für humanitäre Organisationen forderte und verurteilte die Gewalt im Irak. Im Rahmen der irischen Hilfsorganisation GOAL leistete Irland humanitäre Hilfe.

### **Schlussfolgerungen**

Die Unterstützung für die Europäische Union bleibt in Irland bemerkenswert hoch. Ein Großteil der Iren vertritt Eurobarometer-Umfragen zufolge die Meinung, dass Irland von der EU-Mitgliedschaft profitiert hat und dies auch weiterhin der Fall sein wird. Auf europäischer Ebene konnte Irland seinen Ruf wiederherstellen und wurde als Land wahrgenommen, dass bereit ist, schwierige wirtschaftliche Entscheidungen zu treffen. Irland gilt als eines der wenigen Länder, denen es gelang, die den wirtschaftlichen Problemen zugrundeliegenden Ursachen in Angriff zu nehmen, wofür es auch von der EU-Kommission gelobt worden ist. Dennoch gab es einige schwierige Gespräche zwischen dem Taoiseach und einzelnen europäischen Staats- und Regierungschefs. Heute scheint in der Regierung das Bewusstsein zu wachsen, dass es notwendig ist, die Kosten aus den IWF-Krediten zu reduzieren, die im Vergleich zu Anleihen auf den Märkten als kostspielig gelten. Es ist durchaus denkbar, dass Irland mittels der National Treasury Management Agency auf eigene Reserven zurückgreifen wird, um die Schuldenlast des Landes zu lindern.

---

16 Tánaistes Statement to the Joint Committee on Foreign Affairs and Trade (Ireland), 4. März 2014.

17 Humanitarian Crisis in Gaza, Department of Foreign Affairs and Trade (Ireland), 29. Juli 2014.

18 Why did Ireland take decision to abstain on UN Gaza inquiry vote, Irish Times, 1. August 2014.